

HEUTE
21.12.2017

Liebe Leserin, lieber Leser



François
Schmid-Bechtel

Eine Leserin schreibt: «Mir wird die unendliche Geschichte über Sexismus wirklich zu viel.» Weiter: «Ich zähle darauf, dass all die intelligenten, selbstsicheren Frauen sich mit deutlichen Worten zu wehren wissen, wenn ihnen ein Mann zu nahe kommt.» So wie die Leserin denken wohl viele von uns. Das Problem ist nur: Das **Nein einer Frau** genügt unseren Richtern in der Regel nicht, um einen Vergewaltiger schuldig zu sprechen. Die Frau muss sich auch körperlich zur Wehr setzen. Zu dieser Erkenntnis gelangt **Rebecca Wyss** in ihrer Story auf «**Leben&Wissen**».

Frage des Tages

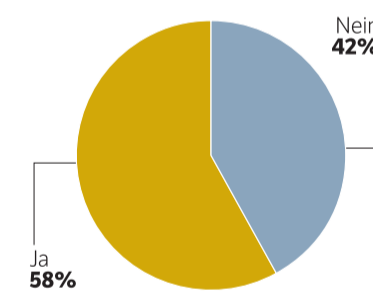
Braucht es eine Einwilligungspflicht zum Sex?

Ja **Nein**

Stimmen Sie online ab unter www.aargauerzeitung.ch www.bzbasel.ch www.baselandschaftliche.ch www.solothurnerzeitung.ch www.grenchnerzeitung.ch www.limmattalerzeitung.ch www.oltnerzeitung.ch
«Die Umfrage finden Sie online über die Such-Funktion mit dem Stichwort «Tagfrage»
Das Ergebnis erscheint in der nächsten Ausgabe.

Ergebnis letzte Tagesfrage

Wir haben gefragt: Steht Ihr Name noch im Telefonbuch?



Video des Tages

www.aargauerzeitung.ch/mediathek/videos



Pfarrer fordert: Nicht-Christen sollen an Weihnachten arbeiten.

REZEPT DES TAGES

Präsentiert von Annemarie Wildeisen

Pinienkern-Kugeln

Zutaten

Ergibt etwa 40 Stück (2 Backbleche)

150 g Mandeln gemahlen, geschält
100 g Zucker
2 Eiweiss
1 Prise Salz
1 Päckchen Bourbon-Vanillezucker
einige Tropfen Bittermandelaroma
1 kräftige Prise schwarzer Pfeffer aus der Mühle
200 g Pinienkerne
2 Esslöffel Puderzucker zum Bestäuben

Bestellen Sie jetzt via SMS ein Schnupperabo mit 3 Ausgaben für nur 12 Franken.
SMS mit SCHNUPPER + Name und Adresse an 919 (20 Rp./SMS) oder Online-Bestellung unter www.wildeisen.ch/schnupperabo
www.wildeisen.ch/suche/rezepte

Gesichtsschleier Unter welchen Umständen die Burka verboten werden soll

Die Krux mit der Burka

Mit einem Gegenvorschlag will der Bundesrat die Burkaverbots-Initiative zu Fall bringen. Initiant Walter Wobmann ist nicht zufrieden

VON JONAS SCHMID UND DENNIS BÜHLER

Der Bundesrat lehnt ein nationales Verhüllungsverbot ab. Es sei Sache der Kantone, darüber zu entscheiden, wie sie mit der Burkafrage umgehen wollen, sagte Justizministerin Simonetta Sommaruga gestern. Doch just die Kantone senden höchst widersprüchliche Signale nach Bern: Der Kanton Tessin und das St. Galler Kantonsparlament befürworten ein Verbot. Zürich, Solothurn, Schwyz, Basel-Stadt und Glarus lehnen ein solches ab (siehe Artikel rechts).

Die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» werfe schwierige Fragen auf, sagte Sommaruga. Der Bundesrat wolle keine Kleidervorschriften machen. Sie stellt aber auch klar: «Niqab und Burka sind gerade aus Sicht der Frauen eine Zumutung, und zwar nicht nur für die, die sie tragen müssen.» Um die Initiative an der Urne zu bodigen, schlägt der Bundesrat einen indirekten Gegenvorschlag vor: Er will den Zwang zum Tragen einer Gesichtverschleierung ausdrücklich unter Strafe stellen. In allgemeiner Form steht der Tatbestand der Nötigung schon heute im Strafgesetzbuch. Nach dem Willen der Regierung soll der Zwang zur Gesichtsverhüllung wie die Genitalverstümmelung nun aber auch explizit genannt werden. Der Bundesrat bringt dazu zum Ausdruck, dass er Zwang gegen Frauen klar verurteilt, sagt Sommaruga.

«Meines Wissens ist kein Fall bekannt, bei dem ein Strafverfahren wegen Zwangs zur Gesichtsverhüllung eingeleitet wurde», sagt Luzius Mader, stellvertretender Direktor des Bundesamts für Justiz, auf Anfrage. Den Vorwurf, der Bundesrat betreibe mit seinem Gegenvorschlag reine Symbolpolitik, lässt er nicht gelten: «Die explizite Nennung kann Impulse setzen, damit Polizei und Strafverfolgungsbehörden künftig etwas stärker auf dieses Thema achten», sagt er. Im Falle der Genitalverstümmelung habe die Nennung durchaus etwas gebracht. Dort gebe es einzelne Fälle, die strafrechtlich verfolgt würden.

Weiter will der Bundesrat, dass Frauen im Kontakt mit gewissen Behörden ihr Gesicht zeigen müssen. «Dass man sich mit offenem Gesicht begegnet, ist schweizerisch und schafft Vertrauen», sagt Sommaruga. Dadurch stärke der Bundesrat den Behörden den Rücken. Diese könnten künftig Anzeige erstatten oder Leistungen verweigern. Damit geht der Bundesrat weniger weit als die eingereichte Initiative: Sie verlangt ein nationales Verhüllungsverbot im gesamten öffentlichen Raum.

Enttäuscht vom Entscheid ist Initiant Walter Wobmann: «Der neue Ausserminister Ignazio Cassis hat in einem Interview vor seiner Wahl gesagt, er unterstütze ein Burkaverbot. Und wenn CVP-Bundesrätin Doris Leuthard ihrem Parteibüchlein entsprechend politisieren würde, hätte auch sie Ja gestimmt.» Mit dem Gegenvorschlag kann der Solothurner SVP-Nationalrat nichts anfangen. «Er konzentriert sich ein-



«Niqab und Burka sind gerade aus Sicht der Frauen eine Zumutung.»
Simonetta Sommaruga
Bundesrätin



«Es braucht ein glasklares Verbot.»
Walter Wobmann
Initiant des Burkaverbots

zig aufs Burkatragen, obwohl wir mit dem allgemeinen Verhüllungsverbot auch auf Fussball-Hooligans abzielen sowie auf Choten, die am Rande von Demonstrationen Sachbeschädigungen begehen.» In einem kleinen Land wie der Schweiz könnten bezüglich Verhüllung nicht 26 unterschiedliche kantonale Gesetze gelten, findet Wobmann und fragt: «Wie sollte eine muslimische Touristin, die die Schweiz bereist, wissen können, welche Regel gerade gilt?» Zwar gebe er zu, dass gegenwärtig «noch nicht» viele Frauen in Burkas oder Niqabs auf Schweizer Strassen zu sehen sind. «Doch wenn wir verhindern wollen, dass in ein paar Jahren massenhaft verhüllte Frauen zu sehen sind, müssen wir nun ein glasklares Verbot erlassen.»

«Bloss Symbolpolitik»

Nichts von einem Burkaverbot wissen will hingegen FDP-Ständerat Andrea Caroni. Der Ausserhoder begrüsst den bundesrätlichen Gegenvorschlag, ist aber nicht in allen Punkten mit der Landesregierung einig. «Richtig finde ich, dass der Umgang mit Bundesbehörden mit unverhülltem Gesicht erfolgen muss», sagt er. Allerdings sei noch zu prüfen, ob dies auch für kantonale Behörden zu gelten habe, die Bundesrecht vollziehen. Fragwürdig finde er, ob es ins Gesetz geschrieben gehört, dass man eine Person nicht dazu zwingen darf, ihr Gesicht zu verhüllen – denn Nötigung ist seit Jahrzehnten verboten. Vielleicht werde dieser Teil des Gegenvorschlags im Abstimmungskampf aus kommunikativer Sicht nützlich sein. «Aus strafrechtlicher Sicht aber ist er unnötig. Er ist bloss Symbolik.»

Zufriedener äussert sich die SP. Allerdings fordert die Partei von Justizministerin Sommaruga einen direkten Gegenver-



Werden arabische Touristinnen bei einem Burkaverbot das Berner Oberland links liegen lassen?

ROLF NEESER/KEYSTONE

Weniger vollverschleierte Touristinnen

Was passiert, wenn das Burkaverbot kommt? Sorgen macht man sich vor allem im Touristen-Magnet Interlaken.

VON DANIEL FUCHS

Sie wollen Gleitschirmfliegen, Wildwasserfahren und geniessen ihre Ferien im Berner Oberland: Wer in der Schweiz in den letzten Jahren eine vollverschleierte Frau sehen wollte, der besuchte am besten Interlaken. Gäste aus dem arabischen Raum sind dort von den Touristikern besonders gern gesehen. Sie reisen individuell, geben viel Geld aus und sind angenehm im Umgang. Was aber, wenn das nationale Burkaverbot kommt? Meiden die arabischen Gäste dann die Schweiz und mit ihr das Berner Oberland?

Der Blick nach Österreich, wo am 1. Oktober ein nationales Verhüllungsverbot in Kraft getreten ist, zeigt: nicht unbedingt. «Es kommt darauf an, welche Gäste aus den arabischen Ländern zu uns kommen», sagt Hazem Hamza. Er berät die Tourismusregion Zell am See/Kaprun über den arabischen Markt. Zell am See ist bei Arabern besonders beliebt. Den Anteil vollverschleierter Frauen schätzt Hamza auf 50 Prozent. «Sie kommen vor allem aus Saudi-Arabien. Dort hat die Vollverschleierung Tradition.» Mit dem Islam an sich habe das

weniger zu tun. Gerade aus Kuwait, Bahrain oder dem Oman kämen auch viele unverschleierte Frauen. Hamza erklärt es so: «Nur die Ungebildeten verstehen die Vollverschleierung als religiöse Pflicht. Sie werden künftig auf Reisen nach Österreich verzichten.»

Beziffern jedoch lässt sich noch nichts. Im Oktober endete die Hauptreisezeit der Araber, so sind die Hotelbuchungen und allfällige Rückgänge wegen des Burkaverbots nicht aussagekräftig, wie die Touristiker vor Ort betonen.

Interlaken statt Zell am See

Länger schon gilt das Verbot im Tessin (vgl. Text links). Doch auch dort ist kein klarer Trend erkennbar. Laut Schweiz Tourismus (ST) hat der Gesamtmarkt leicht abgenommen, auch im Tessin. Das hat aber weit stärker mit der Katar-Krise als mit dem Burkaverbot zu tun. Besuche von Kataris sind regelrecht eingebrochen, seit Saudi-Arabien und seine Verbündeten Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate den kleinen Golfstaat vergangenen Sommer isolierten. Hinzu kamen Landverbote für die nationale Fluggesellschaft Qatar Airways in Saudi-Arabien. «Die fehlende Konkurrenz verteuerte die Flugpreise von Saudi-Arabien in die Schweiz zum Teil massiv», heisst es bei ST. Was zur Folge hatte, dass im Herbst schweizweit weniger Saudis Ferien verbrachten und sich damit auch die Zahl der vollverschleier-

ten Frauen reduzierte. Die Burkaverbotsinitiative in der Schweiz und die Diskussionen darüber sind in Saudi-Arabien laut ST hingegen kein Thema.

Das sieht man bei Interlaken Tourismus anders. Renato Julier ist verantwortlich für den arabischen Markt. «Die Burkainitiative gibt bei unseren Partnern, den Reiseagenturen im arabischen Raum, schon zu reden. Da kann man sich sehr viele Sympathien verspielen», sagt er. Ein Burkaverbot schrecke Araber von einer Reise ab, ist er überzeugt. Das zeige gerade das Beispiel Zell am See. Julier weiss von Arabern, die wegen des österreichischen Verschleierungsverbots Zell am See bewusst den Rücken gehalten haben und auf Interlaken ausgewichen sind. Für Julier ist klar, dass manche Araber bei einem Burkaverbot auch Interlaken links liegen lassen könnten. «Die Konkurrenz schläft nicht. Schon jetzt fliegen viele Araber nach Armenien oder Georgien in die Ferien.»

Burkaverbot hin oder her – Kenner des arabischen Markts gehen davon aus, dass sich immer weniger Frauen vollverschleiern. Das erhoffen sie sich aufgrund der angestrebten Reformen in Saudi-Arabien. «Ich spüre eine liberale Aufbruchstimmung», sagt der für die Golfregion verantwortliche ST-Mann in Dubai, Matthias Albrecht. «Gerade dieses Jahr ist es mir aufgefallen, als ich Saudi-Arabien besuchte: Man sah viel weniger vollverschleierte Frauen auf der Strasse als noch vor vier Jahren.»

PULVERFASS NAHER OSTEN

Der Krieg erreicht Saudi-Arabien

Jemenitische Huthi-Rebellen feuerten eine Rakete auf Riad ab. Die USA behaupten, die Waffe stamme aus dem Iran. Saudi-Arabien reagierte mit heftigen Luftangriffen

VON MICHAEL WRASE, LIMASSOL

«Heute hat ein neues Kapitel in diesem Krieg begonnen», sagte ein Sprecher der Huthis, nachdem am Dienstagmittag zwei laute Explosionen die saudische Hauptstadt Riad erschütterten. Mit amerikanischen Patriot-Raketen soll eine mutmasslich aus dem Iran stammende Qiam-Rakete über der Stadt abgeschossen worden sein. Der vereitelte Angriff auf den Königspalast von Riad sei «ein blinkendes rotes Signal», schimpfte Nikki Haley, die amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen, gleichentags.

Bereits vor einer Woche hatte die Topdiplomatin auf einer aufwendig inszenierten Pressekonferenz in Washington Teile einer angeblich über dem Flughafen von Riad abgeschossenen «iranischen Rakete» präsentiert. Die Beweislage sei «eindeutig», behauptete Haley damals, was einen Tag später unter anderem in der «New York Times» bestritten wurde.

Zweifel an der Abschusstheorie

UNO-Experten hatten sowohl iranische als auch amerikanische Bauteile unter den sichergestellten Fragmenten der Rakete identifiziert. Für den von Haley suggerierten Transport von Atomsprenköpfen sei die Rakete völlig ungeeignet gewesen, zitierte die «New York Times» den Verteidigungsanalysten Jeffrey Lewis. Der Waffenexperte, der für das Middlebury Institute of International Studies im kalifornischen Monterey arbeitet, bestritt sogar, dass die iranische Rakete abgeschossen worden sei, wie das die saudische Führung zuvor in Riad behauptet hatte. Die sichergestellten Fragmente wiesen keinerlei Beschädigungen durch eine andere Rakete auf, was Zweifel an der Abschusstheorie wecke.

Ist also alles nur Show? Eine gefährliche Inszenierung der Amerikaner im ideologischen Kampf gegen den Iran? Eine Unschuld der Iraner kann freilich nicht bewiesen werden. Kein ernsthafter Experte würde jemals bezweifeln, dass Iran den Huthis in diesem Krieg helfe, stellte Robert Malley, der Vizepräsident der International Crisis Group, klar. Ebenso bezweifle niemand, dass auch Saudi-Arabien die «Regeln des Krieges», also den Genfer Abkommen zum Schutz von Wehrlosen verankerten Grundsatz «sei menschlich auch im Kriege», permanent verletze.

Erst am Montag hatte das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen in Genf der von Saudi-Arabien dominierten Koalition vorgewor-

fen, zwischen dem 6. und dem 16. Dezember 135 jemenitische Zivilisten bei massiven Luftangriffen getötet zu haben. Unter ihnen seien mindestens 20 Kinder gewesen.

Erst nach «diesen barbarischen Angriffen» habe man sich zum Angriff auf den Königspalast von Riad entschlossen, verkündeten Sprecher der Huthis am Dienstag. Sie hatten bereits vor zwei Jahren damit gedroht, den Krieg nach Saudi-Arabien «hineinzutragen».

Blamage für den Kronprinzen

Dabei beschränkten sich die schiitischen Rebellen zunächst auf Angriffe in den grenznahen saudischen Provinzen. Mehr als 500 saudische Soldaten kamen dabei ums Leben. Zur Entlastung des überforderten Königreiches entsandten die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar daraufhin Truppen zur Grenzsicherung. Aber auch sie konnten nicht verhindern, dass grenznahe Städte immer wieder mit Kurzstreckenraketen beschossen wurden.

Mit den jetzt erfolgten Raketenangriffen auf Riad signalisieren die Huthis, dass sie dem militärischen Druck der Saudis weiterhin standhalten wollen. Ihre Waffen sind vergleichsweise primitiv, erzielen aber eine grosse Wirkung: Nach zweieinhalb Jahren Krieg hat der Kampf um den Jemen, das ärmste Land Arabiens, nun die saudische Hauptstadt erreicht. Der Krieg musste, wenn man den Worten des saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman (MBS) glaubt, längst vorbei sein. Noch im Frühjahr 2015 versprach er, dass die Auseinandersetzung binnen weniger Wochen mit einem grossen Sieg beendet werde.

Für den impulsiven De-facto-Herrscher des wahabitischen Königreiches und dessen von den USA unterstützte Armee sind die Huthi-Angriffe auf Riad eine bittere Blamage. Mit den USA an seiner Seite strebt «MBS» nach Vergeltung, die neben den Huthis vor allem den Iran treffen soll. Es ist aber höchst fraglich, ob Washington die notwendige Unterstützung findet, um dem saudischen Kronprinzen militärisch weiterhin unter die Arme zu greifen. Man müsse die «Sprache der Drohungen und Sanktionen» beenden und endlich auf den Dialog setzen, forderte der stellvertretende russische UNO-Botschafter Wladimir Safonkow. Als Antwort auf den Raketenangriff der Huthis bombardierten saudische Kampfflugzeuge derweil erneut den Jemen. Elf Zivilisten sollen dabei ums Leben gekommen sein.



US-Botschafterin Nikki Haley vor einer abgeschossenen, vermeintlich aus dem Iran stammenden Rakete vergangene Woche.
CLIFF OWEN/KEYSTONE